

Braucht die Schweiz einen EU-Knechtschaftsvertrag?

Vier Fragen an alt Bundesrat Christoph Blocher, Präsident des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»

Der Bundesrat drängt vehement auf raschen Abschluss des Rahmenabkommens mit der EU. Sie, Herr Blocher, bekämpfen diesen Rahmenvertrag mit Nachdruck. Warum?

Christoph Blocher: Es handelt sich um einen Knechtschaftsvertrag, der die schweizerische Staatsordnung weitgehend ausser Kraft setzt: Die Schweiz soll sich mit diesem Vertrag nämlich verpflichten, die EU-Gesetzgebung in allen wichtigen Lebensbereichen zu übernehmen, ohne dass die Schweizer etwas zu sagen hätten. Das schweizerische Selbstbestimmungsrecht, die direkte Demokratie, die schweizerische Souveränität sollen preisgegeben werden. Fremde Gesetze werden auch gegen den Willen der Schweizer zwingend. Wenn die Schweiz ein EU-Gesetz nicht übernimmt, könnte die EU Sanktionen ergreifen, also die Schweiz bestrafen. Ein solcher Knechtschaftsvertrag ist eines freien Volkes unwürdig. Darum muss er verhindert werden.

Müsste die Schweiz auch fremde Richter akzeptieren?

Ja, natürlich: Zum fremden Recht kämen auch noch fremde Richter. Auf jeden Fall hätte der Europäische Gerichtshof das letzte Wort. Es ist enttäuschend, dies kurz nach dem schweizeri-

schen Nationalfeiertag festhalten zu müssen. Steht doch in der Gründungsurkunde unseres Landes unmissverständlich: „Wir wollen keine fremden Richter haben.“ Die Schweiz tut gut, an diesem bewährten Grundsatz festzuhalten.

Was beanstandet die EU an den flankierenden Massnahmen, und was ist damit gemeint?

Leider ist die Schweiz mit der EU die Personenfreizügigkeit eingegangen. Das heisst, jeder EU-Bürger kann in die Schweiz kommen, hier arbeiten und Sozialleistungen beziehen. Weil damit die hiesigen Löhne massiv unter Druck geraten, wurden Schutzmassnahmen getroffen, um die grössten, gravierendsten Nachteile der Personenfreizügigkeit zu mildern. Diese nennt man „flankierende Massnahmen“. Die EU verlangt, dass diese beseitigt werden. Nur: Hätten wir keine Personenfreizügigkeit mit der EU, bräuchten wir auch keine flankierenden Massnahmen. Das Schweizer Volk hat diese übrigens nur beschlossen, weil der Bundesrat falsche Tatsachen versprochen hat: Es seien nur 8'000 bis 10'000 jährliche EU-Zuwanderer zu erwarten. Tatsächlich kamen sie dann in vielfachem Ausmass, teilweise bis zu zehnmal mehr.



Christoph Blocher: «Schweizer werden mit EU-Rahmenvertrag entrechtet.»

Wie charakterisieren Sie das von der EU geforderte Rahmenabkommen gesamthaft?

Ein solches Rahmenabkommen ist ein Knechtschaftsvertrag: Die EU befiehlt, die Schweiz gehorcht: Freiheit, Sicherheit, Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Föderalismus und Weltoffenheit – und damit die Grundlagen unserer Wohlfahrt und unserer Lebensqualität sollen preisgegeben werden.

Das soll nicht passieren: Das überparteiliche Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt (EU-No) setzt sich für die bewährte Schweiz, ihre Freiheit und Sicherheit ein und will verhindern, dass ein solcher Knechtschaftsvertrag zustande kommt. Machen Sie mit. Es lohnt sich.

Herr Blocher, besten Dank für Ihre Antworten.



Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt

www.eu-no.ch

Sinnvolle Beziehungen statt Anbindung an die EU

Verstärken und unterstützen Sie das Komitee «Nein zum schleichenden EU Beitritt» und tragen Sie dazu bei, eine verhängnisvolle Anbindung an die EU zu verhindern (www.eu-no.ch):

- Ich werde Mitglied.
- Senden Sie mir einen Einzahlungsschein.
- Ich möchte zunächst Unterlagen des Komitees studieren. Senden Sie mir Informationen zu.

Name:	Vorname:
Strasse / Nr.:	
PLZ:	Wohnort:
E-Mail:	

Talon ausfüllen und senden an: Überparteiliches Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@eu-no.ch, Postkonto: 85-126820-7, www.eu-no.ch